

Zürich und Bassersdorf, 11. November 1996

KR-Nr. 325/1996

MOTION von Ruth Genner (Grüne, Zürich), Daniel Schloeth (Grüne, Zürich) und
Liselotte Illi (SP, Bassersdorf)

betreffend sozialer Aspekte bei der Formulierung von Leistungsvereinbarungen im
Rahmen des NPM

Der Regierungsrat wird gebeten, im Rahmen der zu erstellenden Leistungsvereinbarungen jeweils die sozialen Aspekte der Auftragsvergaben speziell auszuhandeln und schriftlich festzuhalten.

Ruth Genner
Daniel Schloeth
Liselotte Illi

Begründung:

Die im Rahmen der Verwaltungsreform *wif* einzuführenden neuen Instrumente des New Public Management bringen unter anderem Leistungsvereinbarungen auf den verschiedensten Stufen und mit unterschiedlichsten Partnern mit sich.

Innerhalb dieser Leistungsvereinbarungen sollen nicht einfach die billigsten Leistungseinheiten für Dienstleistungen oder Güterbezüge ausgehandelt werden. Vielmehr hat sich der Staat ökologisch und sozial vorbildlich zu verhalten. Kurzfristig billige Lösungen sind langfristig betrachtet selten die günstigsten Lösungen.

Beim Einsatz von Arbeitskräften sind besondere Schutzmassnahmen für die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerseite bezüglich ihrer sozialen Situation zu treffen. Das Alter, ein Teilzeitverhältnis oder das Geschlecht einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers darf nicht zu einem diskriminierenden Faktor im Arbeitsprozess werden, weil er sich möglicherweise preislich günstiger im Kontrakt auswirken könnte. Der Regierungsrat hat darauf zu achten, dass auch mit den Vertragsbedingungen die Gesamtarbeitsverträge der entsprechenden Branche eingehalten werden können.